



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 23.04.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

TOP 3, ab TOP 11.2

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflagen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	ab TOP 6
Frau Christ, Stadtplanungsamt	bis TOP 9
Herr Falk, Tiefbauamt	bis TOP 3
Herr Fischer, Tiefbauamt	
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Goldamer, Tiefbauamt	bis TOP 3
Frau Köberlein, Tiefbauamt	bis TOP 3
Frau Kortekaas, Tiefbauamt	bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Laub, Tiefbauamt	bis TOP 3
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Frau Ludwig, Ausländerstelle	ab TOP 3
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Poller, Praktikant Kulturamt	
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnwirtschaft	bis TOP 6
Herr Stiehle, Tiefbauamt	bis TOP 3
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung	ab TOP 11.3
Herr Wamsler, Ordnungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Zimmermann, Baubetriebsamt	bis TOP 3

entschuldigt

Herr Stadtrat Abele
Frau Stadträtin Kapfer

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Wiederbesetzung der Stelle des Leiters des städtischen Tiefbauamts	61/2007 - 1
4.	Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	68/2007
5.	Quartalsbericht für das I. Quartal 2007 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	67/2007
6.	Sanierung des Kindergartens "Am Wolfgangsberg" - Antrag auf Beteiligung an den entstandenen Mehrkosten	28/2007
7.	Satzung über die Freigabe eines Sonntags für den Verkauf von Waren anlässlich der "Biberacher Filmfestspiele" in den Jahren 2007 bis 2011	56/2007
8.	Bildung eines gemeinderätlichen Integrationsausschusses; Antrag der Freien Wähler vom 18. Januar 2007	30/2007 + 30/2007 - 1
9.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Weißdornweg" (vormals "Tannenstraße-Nord") a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung b) Billigung des Regelwerkentwurfes	46/2007 + 46/2007 - 1
10.	Jahresrechnung 2005 der Stadt Biberach	161/2006 - 1
11.1.	Verschiedenes: Baustelle der Bundesbahn in Warthausen	
11.2.	Verschiedenes: Verzögerung Bahnsanierungen	
11.3.	Verschiedenes: Weingartenberg	
11.4.	Verschiedenes: Marktbrunnen	

Die Mitglieder wurden am 12.04.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 19.04.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Behandlung der Tagesordnung

OB Fettback setzt Tagesordnungspunkt 8 - Bebauungsplan Waldseer Straße/Mühlweg/
Wiesenstraße von der Tagesordnung ab, da der Bauausschuss die Entscheidung vertagte.

TOP 2 **Bürgerfragestunde**

Kreisel Hans-Liebherr-Straße/Mühlweg

Herr Maier spricht die Planung für den Kreisel Hans-Liebherr-Straße/Mühlweg an und fragt ob auch Belange der Radfahrer berücksichtigt würde und ob diese auch normal im Kreis mitfahren müssten.

BM Ogertschnig bestätigt dies. Nach Meinung der Fachleute sei eine Mitnahme im Kreisel für Radler sicherer und der Bauausschuss habe sich dieser Meinung angeschlossen.

WG-Sporthalle und Bäume

Frau Christa Haug, Adenauerallee, fragt, warum die fünf wunderschönen Platanen beim WG entfernt werden müssten.

BM Ogertschnig führt aus, man habe sich angesichts der Notwendigkeiten der Schule für eine größere Sporthalle entschieden. Ein Baum müsse auf jeden Fall weichen. Man versuche, die anderen durch nicht aufwendige Wurzelschutzmaßnahmen zu erhalten. Jedenfalls erfolgten sofort Nachpflanzungen.

OB Fettback fügt an, man sei allgemein um die Erhaltung des Grüns in der Stadt bemüht und nehme diese Aufgabe ernst. Es sei jedoch immer eine Güterabwägung im Einzelfall erforderlich.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 61/2007-1 zur Beratung vor. Es soll ein Tiefbauamtsleiter gewählt werden.

OB Fettback führt aus, im Tiefbauamt werde ein großes Haushaltsvolumen bewegt. Herr Fischer sei hierfür 31 Jahre lang zuständig gewesen. Auch er habe sich im Laufe der Jahre verändert und sein Amt sehr gut ausgefüllt. Im Hauptausschuss hätten sich fünf Bewerber vorgestellt und man habe einstimmig zwei zur Wahl des Gemeinderats vorgeschlagen. Herr Knorpp habe heute abge sagt. Man sei hierüber etwas enttäuscht, zumal man ihn schon in den Vorstellungsgesprächen gefragt habe, ob er das Amt im Falle einer Wahl antreten würde. Man habe ihn aus Gründen der Fairness um eine Aussage gebeten, ob er zu seiner Bewerbung stehe, was er am Vormittag verneint habe. Man habe zwei sehr gute Kandidaten im Hauptausschuss gehabt.

Anschließend kommt Herr Rechmann in den Ratssaal und stellt seinen persönlichen und beruflichen Werdegang dar und dankt für die zweite Vorstellungsmöglichkeit. Derzeit sei er Leiter des Tiefbauamts in Remseck und technischer Betriebsleiter der Stadtwerke und der Stadtentwässerung. Auch der Friedhof und der Bauhof seien ihm unterstellt. Er habe zwölf Regenüberlaufbecken und 16 Pumpwerke beziehungsweise Wasserbehälter zu betreuen. Ein großes Projekt stelle derzeit die Kanalinnensanierung dar. Er sei auch zertifizierter Sanierungsberater und decke daher diese Aufgaben selbst ab. Er nennt weitere Maßnahmen und deren Kostenumfang, die er derzeit in Arbeit habe. Ihm seien fünf Personen unterstellt.

Privat sei er seit 15 Jahren mit seiner Freundin zusammen und betreibe hochklassigen Square-dance. Er sei Caller (Ausbilder) in Heidenheim in einem Club mit 60 Tänzern.

Es wird applaudiert.

Auf seine BWL-Kenntnisse angesprochen lässt Herr Rechmann wissen, er habe Bauingenieurwissen und Projektmanagement studiert und dabei die erforderlichen Kenntnisse erlernt und sei auch in seiner derzeitigen Funktion in der Kostenbetreuung tätig. Den Verkauf der Entwässerungsanlagen nach USA durch die Stadt Schwäbisch Gmünd findet er nicht so gut. Zum Spannungsfeld Tiefbau und Ökologie lässt er wissen, er habe im Laufe seiner Tätigkeit erfahren, dass Bäume sehr viel Zwiespalt verursachten. In Remseck sei auch Ökologie ein Thema und man habe beispielsweise die erste Greinerwand im Wasserbau im Kreis Ludwigsburg. Remeck sei nicht so sehr viel kleiner als Biberach und er habe auch mit übergeordneten Behörden wie der Bahn oder dem Bundesschiffahrtsamt, der EnBW und anderen Kontakt. Sein Tanz finde am Feierabend statt und könne sicher beibehalten werden.

Es wird applaudiert und Herr Rechmann verlässt den Ratssaal.

OB Fettback lässt wissen, er habe gute Referenzen erhalten und könne auf Wunsch hierüber Auskunft geben. Der Gemeinderat hält dies oder eine Sitzungsunterbrechung zur Fraktionsberatung nicht für erforderlich.

Sodann werden StRin Buttschardt und StR Wiest zur Auszählkommission bestellt. Dann findet geheime Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln statt. Es sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Die geheime Wahl ergibt 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für Herrn Rechmann.

Somit ist Herr Mark Rechmann als neuer Leiter des Tiefbauamts gewählt.

Es wird applaudiert und OB Fettback holt Herrn Rechmann in den Sitzungssaal, wo er ihm zu seinem überzeugenden Votum gratuliert. Man habe eine gute Auswahl gehabt und dass sich nur ein Kandidat im Gemeinderat vorgestellt habe, habe an der guten Vorstellung im Hauptausschuss gelegen. Eine eingeholte Referenz habe gelautet: „Wenn Herr Rechmann gewählt werde, ist dies gut für Biberach und schlecht für Remseck“. Große Aufgaben stünden im Tiefbau an er heiße Herrn Rechmann willkommen.

Herr Rechmann dankt für die Wahl. Er gibt zu verstehen, er freue sich auf die Aufgaben in Biberach.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 68/2007 zur Information vor. Die im nächsten Tagesordnungspunkt aufgeführte Drucksache Nr. 67/2007 wird gleichzeitig zur Beratung aufgerufen.

EBM Wersch führt aus, man habe vereinbart, dass das Rechnungsprüfungsamt sich dem Testat des Prüfers anschließe, um den Jahresabschluss frühzeitig feststellen zu können. Nun sei das erste volle Geschäftsjahr abgeschlossen und bestätigt, dass die Entscheidung zur Gründung des Eigenbetriebs richtig gewesen sei. Man erhalte ein Höchstmaß an Transparenz und Wirtschaftlichkeit, was Grundvoraussetzung für die weiteren Überlegungen sei. Überdies werde ein zeitgemäßes Controlling aufgebaut, man sei also insgesamt auf einem guten Weg. Dies erfordere auch Dynamik der Verantwortlichen. Man habe günstige Rahmenbedingungen bei der Gründung erhalten und nutze diese. So unternahme man Anstrengungen in der Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungseigentums, was in einem Jahr rund 24% Mehreinnahmen ausgemacht habe. Damit leiste man auch einen Beitrag zum Stadtbild. Bei allen Bewertungen entwickle man ein Gespür für Qualitätssicherung. Hierzu gehöre auch ein guter Mietermix, damit keine Probleme entstünden. Auch im Mahnwesen sei man engagiert und beratend tätig, um Probleme zu minimieren.

Er bezeichnet die Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern, insbesondere dem Ordnungsamt, als gut und dankt hierfür. Die Wohnungsnachfrage sei signifikant gestiegen, die Gründe hierfür noch unklar. Eventuell liege dies auch an den unterdurchschnittlichen Mieten. Insgesamt könne man auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Sanierung der Gebäude in der Hermann-Volz-Straße sei im Gang und es würden ca. 1,1 Mio. € investiert. Man rechne, dass man in einigen Jahren mit der Entwicklung des Eigenbetriebs und des Wohnungsbestandes sehr zufrieden sein könne.

StR Dullenkopf bezeichnet es als positiv, dass bereits der Jahresabschluss des Vorjahres vorgelegt werde, was eine größere Motivation darstelle als bei Zweijahresrückblicken. Dennoch könne man den Jahresabschluss jetzt nicht würdigen, da er erneut mit dem Feststellungsabschluss/Prüfbericht behandelt werde. Daher stelle man heute nur Fragen.

Er fragt, warum die Sanierung der Gebäude in der Hermann-Volz-Straße verschoben werde und ob es vorstellbar sei, in den nächsten Jahren den Prüfungsbericht nur durch das Rechnungsprüfungsamt vornehmen zu lassen und nur noch 2007 von einem Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen.

Dann spricht er den Quartalsbericht an und fragt, warum die Betriebskosten um 11% anstiegen. Er hätte gedacht, aufgrund des milden Winters müssten sie sich nach unten bewegen. Dann macht er auf einen Zahlendreher bei den Kosten für Miet- und Räumungsklagen aufmerksam. Zu den anstehenden Sanierungsprojekten führt er aus, das Gebäude Waldseer Straße 45 stufe man als Problemobjekt ein. Die Sanierung werde sicher teuer und angesichts der unterzubringenden Klientel sei es fraglich, ob sich die Maßnahme rechne. Er fragt, wann man hierüber diskutiere.

StRin Kübler meint, der Jahresabschlussbericht spiegle die gute Situation wieder, wofür man allen Verantwortlichen danke. Angesichts der vielen Probleme in der Haus- und Wohnungswirtschaft sei es richtig gewesen, den Eigenbetrieb zu gründen. Man halte eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für erforderlich und die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen bezeich-

net sie als kommunalpolitische Aufgabe angesichts steigender Zahlen Wohnungssuchender. Dies sei um so wichtiger, da die Bundesregierung ihre Förderung auf Eigenheime konzentriere. Auch sei zu berücksichtigen, dass noch 60% der Bevölkerung zur Miete wohnten. Investitionen in diesem Bereich bedeuteten daher auch Familienförderung und städtische Attraktivierung.

StR Zügel bezeichnet die zeitige Vorlage des Jahresabschlusses als Premiere, positiv und vergleichbar mit dem Vorgehen in der Privatwirtschaft. Die Gründung des Eigenbetriebs sei die richtige Entscheidung gewesen. Die Transparenz der Gewinn- und Verlustrechnung könne verbessert werden, da gravierende Bereiche jetzt noch zusammengefasst seien. Als Beispiel nennt er das Betriebsergebnis 1 und 2. Er bittet, dies zu verändern, auch wenn die bisherige Darstellung gesetzlich ausreichend sei.

Er bittet um Auskunft über die Positionen „Erhöhung des Bestandes aus unfertigen Leistungen“, da unklar sei, welche bilanziellen Auswirkungen dies habe.

Er fragt, ob die Abschreibungsabsätze dauerhaft ausreichend seien, angesichts des Alters des Wohnungsbestandes und zu welchem Wert beziehungsweise Teilwert die Gebäude in die Bilanz übernommen würden. Die höherwertige Ausstattung würde mit 33 1/3% auf drei Jahre abgeschrieben. Er bittet zu präzisieren, ob dies auch maßgebliche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung betreffe. Ferner bittet er künftig Leerstands- und Mietausfallquoten anzugeben. Er erkundigt sich nach der Bedeutung der Anzahlung der Betriebskosten.

Die Darstellung des Quartalsberichts sei seines Erachtens in Ordnung. Nach dem ersten Quartal erscheine ihm jedoch eine Hochrechnung unnötig.

StR Späh bezeichnet die Gründung des Eigenbetriebs als richtige Entscheidung. Insgesamt sei die Darstellung des Jahresabschlussberichts gut und wichtig, dass der Wirtschaftsprüfer keine Einwendungen erhebe. Die sinkende Zahlungsmoral sei vermutlich eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Er spricht das Gebäude Waldseer Straße 45 an, dessen Nachbargebäude zum Verkauf angeboten werde. Er fragt, warum man nicht auch das Gebäude Waldseer Straße 45 veräußern wolle.

StR Funk verweist auf die von StR Zügel aufgeworfenen Fragen und regt an, eventuell einen Teil der Informationen an den Gemeinderat nichtöffentlich zur Verfügung zu stellen. Man benötige mehr Informationen vor allem hinsichtlich der Gebäudevorhaltung und für welche Klientel dies erfolge. Dabei müsse der Zustand der Gebäude dargelegt werden. Der Bericht lese sich nicht leicht und er fragt, ob die Bilanz vorgelegt werden könne. Er dankt den Mitarbeitern für das Gleistete. Dann fragt er, ob es sich bei den Mitarbeitern im Regiebetrieb um Hausmeister oder Arbeitskolonnen handle. Bei Investitionen interessiere ihn, wie mit Mietern verfahren werde und ob eine Mietanpassung nach einer Komplettsanierung vorgesehen sei. Bei den Abschreibungen stellt er eine Differenz zwischen Ansatz und Rechnungsabschluss fest und erkundigt sich nach den Gründen hierfür. Abschließend regt er an, die Mieten nach Kaltmiete und Nebenkosten aufzuteilen.

EBM Wersch erklärt, die Sanierung der Gebäude in der Hermann-Volz-Straße habe man 2006 aufgrund personeller Probleme nicht geschafft. Laut Eigenbetriebsatzung müsse hierüber im Gemeinderat beraten werden. Er lege Wert auf eine professionelle Prüfung zu Beginn des Eigenbetriebs und wolle dies noch zwei weitere Jahre durchführen. Mittelfristig halte er eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt für ausreichend. Der Zinsaufwand sei gesunken, da man ein ausgelaufenes Darlehen getilgt habe. Zur Waldseer Straße 45 lässt er wissen, das Gebäude stehe

nicht im ersten Fokus für einen Verkauf, da man zunächst Gebäude mit ein und zwei Wohneinheiten veräußern wolle. Dieses Gebäude habe jedoch vier bis fünf Wohneinheiten. Der Mitteleinsatz und dessen langfristige Bewertung seien zu diskutieren. Auch müsse man irgendwann diskutieren, wie viele Wohnungen man insgesamt benötige. Dies sei nicht so leicht festzulegen und viele Facetten zu beleuchten. Ziel sei jedoch nicht insgesamt der Verkauf innerhalb von zwei bis drei Jahren, sondern man benötige eine langfristige Strategie. Man werde sich um eine Verbesserung der G + V bemühen, wobei man derzeit das vorgesehene Formular verwende. Man werde versuchen, es im gewünschten Sinn zu ergänzen. Der Wert der Gebäudeübernahmen sei in der Eröffnungsbilanz enthalten gewesen. Die Mietausfalls- und Leerstandsquote werde man künftig detailliert benennen. Die Betriebskosten, Anzahlungen und Vorauszahlungen seien in der Bilanz aufgeführt.

Beim Quartalsbericht habe man an eine Systematisierung gedacht und daher schon im ersten Quartal eine Hochrechnung erstellt. Die Gebäude Waldseer Straße 49 und 51 habe man dem Eigenbetrieb gar nicht mitgegeben und sie stünden im Eigentum der Stadt, da diese Gebäude bereits zum Verkauf angestanden seien. Die Bilanz sei insgesamt einsehbar und könne ausgedehnt werden, was man dem Gemeinderat zur Verfügung stelle. Dabei müsse man klären, was eventuell nichtöffentlich zur Verfügung gestellt werden könne. Mieterhöhungen seien nach Sanierungen abhängig vom steigenden Mietwert.

Frau Spierer lässt noch wissen, die Mietausfallquote habe 2006 bei 1,4% gelegen. Zum Teil sei dies auf Renovierungen und Mieterwechsel zurückzuführen. Gebäude würden in 32 Jahren abgeschrieben und bei gekauften Gebäuden richte man sich nach dem HGB. Der tatsächliche Ansatz reduziere sich gegenüber dem Ansatz im Wirtschaftsplan. Eine Betriebskostenabrechnung sei in Arbeit.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 67/2007 zur Information vor. Die Beratung hat zusammen mit dem vorherigen Punkt stattgefunden und ist dort protokolliert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

**TOP 6 Sanierung des Kindergartens "Am Wolfgangsberg"
- Antrag auf Beteiligung an den entstandenen Mehrkosten**

28/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 28/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 16.04.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der evang. Kirchengemeinde Friedenskirche auf eine weitere Bezuschussung der Sanierungskosten für den Kindergarten "Am Wolfgangsberg" wird grundsätzlich abgelehnt. Ausnahmsweise wird eine zusätzliche Kostenbeteiligung der Stadt im Umfang von 8.750 € gewährt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 56/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 16.04.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Satzung über die Freigabe eines Sonntags für den Verkauf von Waren anlässlich der „Biberacher Filmfestspiele“ in den Jahren 2007 bis 2011

Aufgrund der §§ 8 Abs. 1 und 14 Abs. 1 des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg (LadÖG) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Stadt Biberach am 23.04.2007 folgende

Satzung

erlassen:

§ 1

Aus Anlass der „Biberacher Filmfestspiele“ dürfen in der Stadt Biberach (ausgenommen die Ortsteile Mettenberg, Ringschnait, Rißegg und Stafflangen) die Verkaufsstellen des Einzelhandels in den Jahren 2007 bis 2011 jeweils am Sonntag der jährlich Anfang November stattfindenden Filmfestspiele von 13.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

§ 2

Bei Beschäftigung von Arbeitnehmern ist § 12 des Gesetzes über die Ladenöffnung zu beachten.

§ 3

(1) Ordnungswidrig im Sinne § 15 Abs. 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg handelt, wer den Vorschriften dieser Satzung zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

§ 4

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 30/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung und erfolgte im Hauptausschuss am 16.04.07. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 30/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback bezeichnet die Aufgabe als wichtiges Thema, das auch im Städtetag diskutiert werde. Man sei auf dem richtigen Weg.

StR Dullenkopf kündigt an, die CDU-Fraktion werde freudig zustimmen.

StR Lemli bezeichnet es als bedauerlich, dass der Antrag der SPD-Fraktion, dem Jupa einen Sitz im Integrationsausschuss einzuräumen, keine Mehrheit gefunden habe, denn Integration sei eine generationenübergreifende Aufgabe.

StR Zügel misst der Aufgabe hohe politische Bedeutung bei und einen neuen Ansatz gegenüber dem früheren Ausländerausschuss. Von einer erfolgreichen Integration profitierten beide Seiten. Die Botschaft müsse lauten, wer integriert sei profitiere. Daher ergreife man keine Maßnahmen für Migranten, sondern mit ihnen. Man verteile keine kommunalen Geschenke, sondern betreibe emanzipatorische Integrationspolitik als Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch StR Späh bezeichnet den vorgeschlagenen Weg als positiv und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk meint, es sei gut, dass ein Ausschuss des Gemeinderats und kein Arbeitskreis gebildet werde. Es sei wichtig, auch das Thema Zuwanderung anzusprechen. Man warte mit Spannung auf den Arbeitsbeginn. Das Thema müsse auf allen Ebenen behandelt werden, in Europa, dem Bund, den Ländern und dem Kreis.

OB Fettback führt aus, man müsse zunächst in der Verwaltung klären, wer mit dem Thema befasst sei und welche Daten bereits vorlägen. Parallel werde Kontakt mit anderen Städten aufgenommen, die sich schon mit dem Thema befassten. Als Beispiel nennt er Ravensburg. Er bittet der Verwaltung ausreichend Zeit für die strukturellen Vorarbeiten zu lassen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat bildet einen Integrationsausschuss als beratenden Ausschuss.

Der Integrationsausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Bestandsaufnahme und Verdeutlichung der gegenwärtig bereits bestehenden Integrationsangebote der Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Biberach,
- b) Anhörung der Betroffenen und der verschiedenen, bereits aktiven Organisationen,
- c) Bündelung der verschiedenen Aufgaben,
- d) Aufstellung eines Maßnahmenkataloges und mögliche Umsetzung für eine verbesserte Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Da erfolgreich integrierte Menschen mit Migrationshintergrund eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen, sollen Erfolge in der Integration aufgeführt werden.

Der Integrationsausschuss besteht aus 14 Mitgliedern. Die Ausschussbesetzung erfolgt nach d´Hondt. Folgende Stadträte werden in den Ausschuss gewählt:

Wahlvorschlag	Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter/innen
CDU (6)	Herr Abele Herr Dullenkopf Herr Etzinger Herr Garlin Frau Handtmann Herr Wiest	Herr Aßfalg Herr Brenner Herr Deeng Herr Hagel Herr Herzhauser Herr Kolesch Herr Pfender
SPD (3)	Herr Lemli Frau Kapfer Herr Prof. Dr. Nuding	Frau Buttschardt Frau Drews Herr Keil Frau Kübler
FW/UB (2)	Frau Goeth Herr Zügel	Herr Dr. Compter Frau Förg Herr Rieger Frau Vollmer
Grüne (2)	Herr Späh Herr Gehring	Frau Brunner Herr Weber
FDP (1)	Herr Funk	Herr Braig

**TOP 9 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Weißdornweg"
(vormals "Tannenstraße-Nord")
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung
b) Billigung des Regelwerkentwurfes**

**46/2007 +
46/2007-1**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 46/2007 und 46/2007-1 zur Entscheidung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 19.04.07.

BM Ogertschnig bedankt sich für die konstruktive Arbeit und geht kurz auf den Sachverhalt ein. Er kündigt an, künftig werde man zwei Stellplätze je Wohneinheit verlangen und einen entsprechenden Hinweis in den Bebauungsplan aufnehmen. Die Satzungsänderung werde zur Entscheidung vorgelegt. Als weitere Änderung führt er an, es seien keine Retentionsflächen mehr vorgesehen, sondern ein Abfluss mit Verdunstungsmöglichkeit.

StR Herzhauser meint, mit zwei Stellplätzen je Wohneinheit befinde man sich auf gutem Weg und könne künftig Engpässe beim Parken vermeiden. Der Trend gehe zum Drittwagen. Eine Lockerung der Bauvorschriften Richtung Rißegg Halde werde begrüßt. Leider habe man keine Mehrheit für eine Erhöhung der Traufhöhe gefunden, was man akzeptiere, auch wenn man eine andere Meinung vertrete.

StR Keil zeigt sich froh, dass eine der wesentlichen architektonischen Gestaltungen auf den Weg gebracht werde. Das Zusammenspiel zwischen Stadtplanungsamt und Bauherren sei hervorragend und ermögliche gute Architektur, was man sehr schätze. Die Anträge würden von der SPD-Fraktion teilweise mitgetragen. Bei der Festlegung von zwei Stellplätzen je Wohneinheit müsse man zwischen einzelnen Wohngebieten differenzieren.

StR Dr. Compter bezeichnet das Ergebnis als zufriedenstellend und die Änderungen als sorgfältig abgewogen. Optisch entstehe ein gelungenes Wohngebiet. Eine Traufhöhe von 4 m bezeichnet er als ausreichend. Zwei Stellplätze je Wohneinheit zu fordern sei in Ordnung, da in der Realität der Trend zum Drittauto gehe.

Mit dem Baugebiet werde die nördliche Kante von Rißegg abgerundet und vier Meter Traufhöhe seien richtig, meint StR Späh. Dasselbe gelte für zwei Stellplätze je Wohneinheit, wobei es wichtig sei vorzugeben, dass diese nicht versiegelt, sondern mit Rasensteinen angelegt würden. Er fragt, ob dann weniger öffentliche Stellplätze ausgewiesen werden müssten.

StR Braig sieht keine Notwendigkeit für eine besondere Architektur, denn angesichts der intensiven Grünstreifen werde man von dieser nichts mehr sehen. Zwei Stellplätze je Wohneinheit zu fordern dürfe nicht nur auf die Teilorte begrenzt werden, sondern es sei eine generelle Ausweitung erforderlich. Parkprobleme entstünden nicht nur für Gebäudeeigentümer, sondern es sei auch weiterhin erforderlich, öffentliche Stellplätze zur Verfügung zu stellen, beispielsweise für Besucher.

OB Fettback bestätigt, dass sich die Ausweitung der geforderten privaten Stellplätze je Wohneinheit nicht auf die Anzahl öffentlicher Stellplätze auswirken werde.

StRin Brunner appelliert, öffentlich ausgewiesene Stellplätze nicht im nachhinein zu veräußern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Regelwerkes „Weißdornweg“ (vormals „Tannenstraße – Nord“), Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 881/71 wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan Nr. 881/71 vom 15.02.2007 Index 1.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 161/2006-1 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback stellt fest, die Jahresrechnung sei Ausdruck dafür, dass es der Stadt gut gehe.

StR Funk appelliert, möglichst schnell die Doppik einzuführen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2005 der Stadt Biberach wird nach § 95 Abs. 2 GemO vom Gemeinderat endgültig festgestellt.

TOP 11.1 Verschiedenes: Baustelle der Bundesbahn in Warthausen

StR Keil spricht die Baustelle der Bundesbahn in Warthausen an, die Bürgermeister Fark aus Warthausen als skandalöses Vorgehen bezeichnet habe. OB Fettback habe sich für den Ausbau der Südbahn stark gemacht und man dürfe sich durch Störungen aufgrund des Bauvorhabens nicht irre machen lassen. Es sei gut, dass die Bahn investiere. Die Mitarbeiter arbeiteten zum Teil unter großen Sicherheitsrisiken. Diese Aufgabe sei jedoch erforderlich, da bislang die Situation auch unfallträchtig sei. Man sei mit der Bahn in einem Boot. Daher dürfe ein Bürgermeister diese Arbeiten nicht als skandalös bezeichnen.

TOP 11.2 Verschiedenes: Verzögerung Bahnsanierungen

StR Keil bringt vor, er habe gehört, dass es bei den Sanierungen der Deutschen Bundesbahn zu Verzögerungen komme. Er meint, politisch habe man immer noch ein großes Mitspracherecht. Die Mittelvergabe sei Sache der Landesverkehrsminister und das Kapitel daher nicht abgeschlossen. Eventuell könne man über eine politische Einflussnahme eine Verzögerung aufgrund eines Beschlusses des Eisenbahnamts verhindern. Es sei noch nicht die letzte Entscheidung gefallen.

OB Fettback bezeichnet die Südbahn als großes Thema. Vermutlich werde im Jahr 2007 nicht mehr mit der Sanierung in Biberach begonnen, da die Bahn viele Baumaßnahmen angestoßen habe und bei den Weichen ein Lieferengpass bestehe. Ob politischer Druck hilfreich wäre sei offen. Man habe keine positiven Signale zur Südbahn. Wenn diese nicht in den 5-Jahres-Plan aufgenommen werde, werde die Zusage der Kostenbeteiligung an andere Themen gekoppelt, beispielsweise den Erwerb elektrischer Fahrzeuge.

TOP 11.3 Verschiedenes: Weingartenberg

StR Wiest bringt vor, die Absicherung der Hochfläche Weingartenberg zur Kiesabbaufäche sei offensichtlich nachlässig.

BM Ogertschnig erwidert, dies sei bekannt. Es sei ein Gebäude von abfallendem Nagelfluh betroffen. Man werde in nächster Zeit zumindest einen Anprallschutz vorsehen. Das Landratsamt prüfe die Gesamtsanierung, wobei das Scholterhaus erhalten werden solle.

TOP 11.4 Verschiedenes: Marktbrunnen

StR Wiest bringt vor, der Marktbrunnen würde einen Neuanstrich vertragen.

BM Ogertschnig erwidert, dies sei nach Schützen vorgesehen.

Gemeinderat, 23.04.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig